

## **ARBEITERBEWEGUNG, KRIEG UND NATION. FRAGEN UND DENKANSÄTZE.**

Hartmut Henicke, Redebeitrag für Publikation redigiert, 13.6.14

---

### **Prämissen**

Mein Beitrag enthält die folgenden drei inhaltlichen Schwerpunkte:

- Kriegsschuld und Kriegsursachen;
- Kriegsbild und Kriegsfolgen;
- Kriegsinszenierung und Vaterlandsverteidigung.

### **Erstens: Kriegsursachen und Kriegsschuld**

Es ist bemerkenswert, dass 100 Jahre danach die Frage der Kriegsschuld immer noch mit der gleichen Leidenschaft diskutiert wird, wie seit dem 1. August 1914. Und ich meine, es ist paradox, dass sich immer noch Anhänger von Fritz Fischer daran beteiligen, die sich nicht zuletzt auch auf marxistische Prämissen stützen. Mit ihrer methodischen Grundlage müssten sie ihre ideologischen Ahnen aber de facto in die Ecke des Geschichtsrevisionismus stellen.<sup>1</sup> Denn Lenin hat nicht einmal den belgischen Sozialisten das Recht der Vaterlandsverteidigung zuerkannt,<sup>2</sup> sondern den Krieg 1914/18 als einen allseits imperialistischen Krieg charakterisiert. Deshalb ist die Prämisse der besonderen Aggressivität des deutschen Imperialismus nicht nur theoretisch-methodisch fragwürdig, sondern auch sachlich falsch.

Objektiviert man die Aussage Fritz Fischers über den deutschen Imperialismus vor 1914, kommt man zu der Feststellung, dass Deutschland in dem Moment, da seine Wirtschaft den nationalen Rahmen sprengte und die ersten weltpolitischen Schritte unternahm, mit den anderen Großmächten in Konflikt geriet, die ihrerseits vom ersten Augenblick an den deutschen Ambitionen enge Grenzen setzten.<sup>3</sup> Die Logik dieser Aussage besagt nichts weiter, als dass Deutschland von Anfang an behindert wurde, sich den objektiven ökonomischen Sachzwängen einer über die nationalen Grenzen hinaus expandierenden Wirtschaft anzupassen. Und die Weltkarte mit den Bündnissystemen und Kolonien lässt keine Zweifel an der Richtigkeit der „Einkreisungsbehauptung“ zu.

Die Kriegsschuldzuweisung an Deutschland dient somit dem Zweck, die Entente von der Kriegsverantwortung freizusprechen und den Denkansatz der Unterscheidung verschiedener nationaler Imperialismen anzuerkennen. Denn wenn es einen Schuldigen gibt, gibt es auch einen Unschuldigen mit Verteidigungsrecht. In der Diskussion dieser Fragen scheiterte 1914 die II.

---

<sup>1</sup> Domenico Losurdo: Kampf um Geschichte. Der historische Revisionismus und seine Mythen, Köln 2007, S. 28.

<sup>2</sup> W. I. Lenin: Die russischen Südekums. In: Lenin Werke, Band 21, Berlin 1974, S. 109 f.

<sup>3</sup> Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 2009, S. 29.

Internationale als institutionelle Vorwegnahme einer globalisierten Welt. Demgegenüber stehen jene Lenins Standpunkt viel näher, die allen Kriegsbeteiligten die gleiche oder zumindest abgestufte historische Verantwortung zuschreiben. Würde dieser Aussage nicht die Simplifizierung des Hineinschlitterns in den Krieg anhaften, wäre sie aus linker Sicht die zutreffendere. Denn vom Standpunkt der systemischen Kriegsursachen gesehen, ist diese Ansicht zweifelsohne die erkenntnisförderlichere. Die nationale Verteidigung oder Kriegführung hatte nur noch für die aus den multiethnischen Großstaaten ausbrechenden Völker eine historische Berechtigung. Dies deutlich gemacht zu haben, ist die intellektuelle Leistung der sozialistischen Linken, deren Konzept sozialdemokratisch geführter Vereinigter Staaten von Europa eine EU ohne die heutigen nationalen Hemmnisse vorweg nahm.

Eine historisch-konkretere Sicht auf die Tatsachen macht deutlich, wie unfähig die imperialistischen Großmächte waren, die den nationalen Rahmen sprengenden Produktiv- und Wirtschaftskräfte in globale zivilisatorische Kanäle zu leiten und stattdessen durch imperiale Konkurrenz, mit der Schaffung nie dagewesener Destruktivkräfte und deren Einsatz, die Existenz von Millionen Menschen bedrohten. Um die Grautöne der historischen Verantwortung dafür zu erkennen, ist es sehr wohl erforderlich, das Wirken der nationalen Imperialismen vor dem Krieg genauer zu betrachten. Und so zeigt schon ein Vergleich der konkreten weltpolitischen Schritte des Wilhelminischen Kaiserreiches mit der imperialistischen Praxis der Entente-Mächte, dass die deutsche Besetzung Kiautschous, die Jerusalem- und Tangerreise des deutschen Kaisers, die Krügerdepesche, der Flottenbau, das Bagdad-Bahnprojekt, die Landung des „Panther“ in Agadir im Vergleich zur Aufteilung Afrikas, des Vorderen Orients, Zentral- und Südostasiens durch England, Russland und Frankreich unter sich und deren Deutschland gleichrangige Beteiligung am Wettrüsten weit aus aggressiver war.

Die einzige Stabilität des aus Konkurrenzgründen und wegen der gegensätzlichen Staatsverfassungen unnatürlichen und labilen West-Ost-Bündnisses Entente besteht im Konsens gegen Deutschland. Demgegenüber war das deutsche Kaiserreich seit Bismarcks Zeiten infolge seiner außenpolitischen Konzeptionslosigkeit an einen Bündnispartner gekettet, den Hitler später als „Staatskadaver“<sup>4</sup> bezeichnete. Während Deutschland mit völkisch aggressivem Wortgebimmel und die Welt provozierenden Gesten Ansprüche demonstrierte, die es gar nicht realisierte, schuf sich das vermeintlich „saturierte“ britische Imperium zwischen 1880 und 1907 einen territorialen Zugewinn und geostrategischen Vorteil, der Indien auf dem Seeweg über die arabische Halbinsel mit dem Mittelmeer verband und begann dasselbe Projekt auf dem Landweg zu realisieren.<sup>5</sup> Als Deutschland

---

<sup>4</sup> Adolf Hitler: Mein Kampf, 733.-734. Auflage, S. 140 ff.

<sup>5</sup> John Darwin: Das unvollendete Weltreich. Aufstieg und Niedergang des britischen Empires 1600-1997, Frankfurt am Main 2013, S. 345-347.

mit dem Bagdad-Bahnprojekt begann, dessen Konzessionierung sich jahrelang hinschleppte<sup>6</sup>, drohte der britische Außenminister jeden Versuch einer anderen Nation, sich am Persischen Golf festzusetzen, mit Waffengewalt zu verhindern.<sup>7</sup>

Das war auch der Grund, weshalb es in der seit 1912 von der deutschen Sozialdemokratie geführten Imperialismus-Debatte englandkritische Stimmen gab, die sich für einen globalen pazifistischen Freihandelsimperialismus einsetzten. Charakteristisch dafür ist die nachfolgend zitierte Feststellung von Ludwig Quessel in den Sozialistischen Monatsheften: „Es steckt wirklich etwas Hinreißendes in dieser geräuschlosen Eroberungsarbeit, die ihre gewaltigen Siege schamvoll verhüllt, die stumm ihres Weges geht, nie von der eisengepanzerten Faust redet, sie aber, wenn das Länderschluckungsgeschäft es erfordert, zu gebrauchen versteht.“<sup>8</sup> In dieser Äußerung ist bereits die spätere nationale Parteinahme codiert. Dennoch wäre es undifferenziert, die Position Ludwig Quessels als „sozialimperialistisch“ ab zu qualifizieren. Die Begriffe „Weltpolitik“ und „Imperialismus“ waren vor 1914 a priori ebenso wenig negativ besetzt wie heute der Begriff „Globalisierung“. Denn die sozialökonomische Grundlage industrieller Globalisierung war nun einmal historisch konkret aktiengesellschaftlich organisierter Kapitalismus und der war rein wirtschaftspolitisch gesehen sehr wohl noch zivilisatorisch. Außenpolitischer Revisionismus war zu dieser Zeit gleichzusetzen mit Kritik an der Globalisierungspraxis der Triple-Entente, ohne wie die Linken, die systemischen Antagonismen zu generalisieren. Aber die Kritik am Entente-Imperialismus entbehrte nicht ihrer Grundlage, weil sich der deutsche Imperialismus nicht im Entferntesten mit dem seiner Gegner messen konnte.

Tendenziell polarisierte die Imperialismus-Debatte Befürworter, die die Entwicklungspotenziale der imperialen Politik hervorhoben und Kritiker, die in der nationalen Konkurrenz permanente Kriegsursachen erkannten. Letztere differenzierten sich in Sympathisanten mit dem Pazifismus, der politische Instrumentarien gegen Kolonialismus, Wettrüsten und Kriegspropaganda forderte und deren linke Gegner, die den Imperialismus als das systemische Endstadium des Kapitalismus interpretierten, in dem diese Ökonomie durch die territoriale Einbeziehung der letzten nichtzivilisierten Regionen der Erde an Ihre Kapitalverwertungsgrenzen gelangen würde. Aus den beiden gegensätzlichen Ansichten folgten gleichermaßen gegensätzliche gesellschaftspolitische Perspektivvorstellungen.

Im Hinblick auf die tatsächliche kontinentale wirtschaftliche Rolle Vorkriegs-Deutschlands kam John Maynard Keynes zu der Feststellung: „Rings um Deutschland war der Rest des europäischen Wirtschaftssystems gelagert. Von dem Wohlstand und dem Unternehmungsgeist Deutschlands hing der Wohlstand dieses Restes hauptsächlich ab. Das zunehmende Tempo der

---

<sup>6</sup> Wolfgang Korn: Schienen für den Sultan. Die Bagdadbahn: Wilhelm II., Abenteurer und Spione, Köln 2009.

<sup>7</sup> Otto Bauer: Der Balkankrieg und die deutsche Weltpolitik [1912], Paderborn, o. D., S. 31.

<sup>8</sup> Ludwig Quessel: Die ökonomische Bedeutung des Imperiums, ebenda, Heft 12, S. 711.

deutschen Entwicklung gab seinen Nachbarn Absatz für ihre Erzeugnisse, und im Austausch für diese versorgte sie der Unternehmungsgeist des deutschen Kaufmanns zu niedrigen Preisen mit ihren Hauptbedürfnissen."<sup>9</sup> Für England war Deutschland, Keynes zufolge, nach Indien das größte Exportland und nach den USA der größte Importeur. Ganz Europa östlich des Rheins fiel in das deutsche Industriegebiet. Und der deutsche Kapitalexport floss in Form von Auslandsbeteiligungen nach Russland, Österreich-Ungarn, Bulgarien, Rumänien und in die Türkei. Deutschland prägte die wirtschaftliche Verflechtung auf dem europäischen Kontinent. England hatte damit kein Problem, solange Deutschland Mitteleuropapolitik betrieb.

Eine wirklich aggressive deutsche Außenpolitik war nur kontinental im Bündnis mit England gegen Russland oder global im Bündnis mit Russland gegen England möglich. Keinem dieser beiden Konzepte aber folgte die deutsche Weltpolitik. Deutschland expandierte als Wissens- und Handelsmacht – „Made in Germany not Germans to the front“.<sup>10</sup> Nicht ohne Grund bemühten sich Deutschland und England bis 1914 abwechselnd um Annäherung und Interessenausgleich und hinsichtlich der Bagdadbahn realisierten sie diesen sogar. Und nicht ohne Grund hoffte Berlin bis zum Schluss, dass sich England aus dem Krieg heraushalten würde. Aber der deutsche Imperialismus vor 1914 war die Inkarnation der Provokation der Entente-Mächte, vor allem Englands. Englands Problem mit letzteren war die rasante wirtschaftliche und Bevölkerungsentwicklung Deutschlands, das England in absehbarer Zeit den Rang nieder zu konkurrieren und tendenziell das Empire zu gefährden drohte.

War in Anbetracht des vorwiegend wirtschaftspolitischen Charakters des deutschen Handelsimperialismus und der potenziellen Möglichkeit eines englisch-deutschen Interessenausgleiches, wie dieser mit dem Bagdadbahn-Projekt tatsächlich zu Wege gebracht wurde, der Krieg überhaupt notwendig? Denn mit dem Krieg wurde 1914 mit einem Schlag das bis dahin größte wirtschaftliche und kulturelle globale Netzwerk für ein ganzes langes Lebensalter zerstört. Der Ukraine-Konflikt wird zeigen, ob es nur die fehlende pazifistische Schiedsgerichtsstruktur war, die zur Gewalt führte oder nicht doch unversöhnliche materielle Interessen, die vor dem Hintergrund nationaler Konflikte unter dem Vorwand der Werteverteidigung ausgetragen wurden.

### **Zweitens: Kriegsbild und Kriegsfolgen**

Zum Kriegsbild im Industriezeitalter gibt es nur wenige, vor allem sozialistische und pazifistische Verlautbarungen. Von Friedrich Engels stammt die Prognose von 1887, dass der Weltkrieg die Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges auf drei bis vier Jahre komprimieren und acht Millionen Soldaten einbeziehen würde. August Bebel knüpfte in seiner viel zitierten Marokko-Rede 1911 daran

---

<sup>9</sup> John Maynard Keynes: Krieg und Frieden. Die wirtschaftlichen Folgen des Vertrags von Versailles, Berlin: Berenberg Verlag 2006, S. 50.

<sup>10</sup> Christoph Mauch, Kiran Klaus Patel (Hg.): Wettlauf um die Moderne. Die USA und Deutschland 1890 bis heute, München 2008, S. 35 ff.

an und verdoppelte die Zahl der Soldaten wegen des Bevölkerungswachstums. Der Mitbegründer der pazifistischen Friedensbewegung, Johann Bloch, beschäftigte sich in sechs Bänden, die seit 1899 erschienen mit den Kriegsauswirkungen aus der Perspektive der Waffentechnologie. Und der Reformpädagoge, Wilhelm Lamzus, versuchte mit seinem „Menschenschlachthaus“ der militaristisch erzogenen Jugend eine naturalistische Abschreckung zu vermitteln.

Aus militärischer Sicht sind derartige Überlegungen nicht aufgearbeitet. Überliefert sind Schlussfolgerungen aus den Rüstungsprogrammen und vor allem jene Fakten, die beweisen, dass die Generalstäbe von völlig illusionistischen Vorstellungen hinsichtlich des kommenden Krieges ausgingen. Hervorhebenswert ist in diesem Zusammenhang die Bemerkung Montgomerys in seiner „Welt-Kriegsgeschichte“ von 1968: „Die Lage wurde noch gefährlicher durch den Umstand, dass kein Verantwortlicher, ja überhaupt nur ganz wenige Menschen wussten, was ein Krieg bedeuten würde. Man konnte sich nicht vorstellen, dass eine kriegerische Auseinandersetzung größere Ausmaße annehmen würde, als die jüngst erlebten Balkankriege und deshalb nahm man gegenüber dem Krieg eine zu leichtfertige Haltung ein.“<sup>11</sup>

Bedenkt man, dass das deutsche Hinterland nur für ein viertel Jahr auf den Krieg vorbereitet war, die Kavallerie an der Westfront so gut wie keine Bedeutung mehr erlangte, der erste Stahlhelm erst 1915 zum Einsatz kam, das Flugzeug erst nach zwei Kriegsjahren vom Informationsmittel zur Luftkampf-Waffe umfunktioniert wurde, die skrupellose Entwicklung von Giftgas die Hilflosigkeit gegenüber dem Stellungskrieg bewies, der erst mit der späten Entwicklung der Tanks überwunden wurde, wird deutlich wie ahnungslos die Militärs in den Krieg zogen.

Ausgesprochen visionär, weil gleichfalls realistisch sind die Schlussfolgerungen von Paul Rohrbach, einem jener Publizisten, die wie Victor Naumann politische Kontakte und Einfluss hatten. Die deutsche Überlegenheit betreffend führte Rohrbach die ökonomisch existentielle Bedeutung des Krieges, die dadurch bedingte moralische Einheit der Nation aber auch deren technologische und wirtschaftliche Stärke an Rohstoffen im Verein mit den Bündnispartnern an. Den Entente-Staaten rechnete er wegen ihrer keinesfalls existenziellen Kriegsziele und vor allem englisch-französisch/russischen Konkurrenz weniger Kampfmoral und Zusammenhalt zu. Das einzige bedrohliche Risiko für Deutschland, und das ist im Hinblick auf die nationale Einheit des Kaiserreiches von viel größerem Stellenwert als der Konsens mit den Sozialdemokraten, sah Rohrbach im Versagen der Eliten, den Arbeitslosen, Hungernden und anderweitig von Kriegsbelastungen bedrohten, die nationale Solidarität zu enthalten, sprich die Kosten zu scheuen und die staatliche Organisation dieser nationalen Solidarität nicht hinzubekommen.<sup>12</sup>

---

<sup>11</sup> Feldmarschall Montgomery: Kriegsgeschichte. Weltgeschichte der Schlachten und Kriegszüge [1968], Frankfurt/Main 1972, S. 462.

<sup>12</sup> Paul Rohrbach: Der Krieg und die deutsche Politik, Dresden 1914, S. VII, 95 ff.

Nicht im Verrat der sozialdemokratischen Grundsätze sahen die deutschen Eliten die Voraussetzung für die Kriegsführung, sondern in deren Manipulation durch die soziale Revolution von oben - in der Organisation eines nationalen Sozialismus! Deutschlands in der imperialen Epoche existenziell gefährdende Einkreisung durch die Entente sowie der bisher im Vergleich zu den Entente-Mächten de facto defensive deutsche Imperialismus gepaart mit entsprechender Propaganda, die auch der rechte Flügel der Sozialdemokratie schon lange vor 1914 mit unterstützte, waren der Kraftstoff, der dem deutschen Imperialismus seinen offensiven Charakter verlieh. Das war der gleiche Kraftstoff, der nach dem Versailler Diktatfrieden die vermeintlichen Verräter dieser nationalen Solidarität ausschaltete und die nationalen Kräfte aller Klassen zum zweiten deutschen „Schicksalskampf“ motivierte.

Der rechte Flügel der Sozialdemokratie ging auf dieses Konzept ein und unterstützte die Nation, die nicht mehr nur kulturell, sondern bereits völkisch definiert wurde. So erklärte Joseph Bloch in den Sozialistischen Monatsheften, an Stelle des Klassenkampfes „trat, da der Bestand des Ganzen [der Nation – H.H.] überhaupt bedroht war, die Solidarität der Klassen <die auch in Friedenszeiten ihn zu ergänzen bestimmt ist>.“<sup>13</sup> Edmund Fischer wertete die nationale Solidarität als bedeutungsvollste Voraussetzung des Krieges und als praktizierten Sozialismus.<sup>14</sup> Hugo Poetzsch wies Nachrichten in ausländischen Medien, in Berlin sei die Revolution ausgebrochen und die sozialdemokratischen Führer seien verhaftet worden mit dem Argument zurück, „die Internationalität der Sozialdemokratie ist eben nicht mit einem verwaschenen Kosmopolitismus zu verwechseln.“<sup>15</sup> Und Walter Oehme bekannte sich auf die marxistische Geschichtsauffassung berufend schlussendlich: „Es gibt überhaupt nur ein wirkliches Kriterium im Fall eines Krieges: das des nationalen Interesses. Für den weitaus größten Teil des Volkes aber ist das nationale Interesse... der unerschütterliche Glaube an die Mission, die das deutsche Volk noch zu erfüllen hat.“<sup>16</sup>

Im Kontext mit dem Hohelied auf die Solidarität aller Klassen in der Stunde der Not wurde von der Parteirechten das sog. „Augusterlebnis“ mitgestaltet und damit objektiv ein Geist erzeugt, der dem seit den 1880er Jahren aufkommenden Nationalismus<sup>17</sup> förderte. Dieser Nationalismus hatte mit dem nationalen Patriotismus der bürgerlichen Epoche, gegen den Lenin in seinen frühen Kriegsartikeln polemisierte,<sup>18</sup> gar nichts mehr zu tun. Es wird deutlich, dass die konzeptionellen Denker des rechten sozialdemokratischen Parteiflügels zu Kriegsbeginn auf einen nationalen Kriegsozialismus setzten, der nach dem Krieg als nationaler Sozialismus fortgesetzt werden sollte. Darin sahen sie die Perspektive der durch den Krieg eingeleiteten Epoche.

---

<sup>13</sup> Joseph Bloch: Der Krieg und die Sozialdemokratie. In: SMH 1914, Heft 16, S. 1023.

<sup>14</sup> Edmund Fischer: Der Sozialismus während des Krieges, ebenda, Heft 17, S. 1128.

<sup>15</sup> Hugo Poetzsch: Der Krieg und die sozialistische Internationale, ebenda, S. 1219.

<sup>16</sup> Walter Oehme: Nationale Solidarität, ebenda, S. 1124 ff.

<sup>17</sup> Eric Hobsbawm: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt, New York 2005, S. 122 f.

<sup>18</sup> Siehe hierzu: W. I. Lenin: Unter fremder Flagge. In: Lenin Werke, Band 21, Berlin 1974, S. 123 ff.

Welche Kriegsfolgen antizipierten Sozialisten und Pazifisten? Engels ging 1887 von der allgemeinen Erschöpfung und den Bedingungen für den schlussendlichen Sieg der Arbeiterklasse aus. Rosa Luxemburg formulierte die Alternative „Sozialismus oder Untergang in die Barbarei“<sup>19</sup>. Die Nachkriegswirklichkeit gab ihnen auch diesbezüglich Recht. Aufstand, Zusammenbruch der Monarchien, Räterepubliken, Sozialisierungsdiskussion, Pandemie, Kriegsschulden, Inflation nationale Souveränität, staatliche Neuordnung Europas, Massenwahlrecht, betriebliche Mitbestimmung, Völkerbund bestätigten die radikalsozialistische Prognose. Demokratische Nationalräte- und Versammlungen, sozialdemokratische Koalitionsregierungen, bestätigten zwar den sozialdemokratischen Reformflügel. Es bleibt dennoch festzustellen, dass diese Kriegsfolgen das Ergebnis einer Revolution von unten waren, die vom rechten Flügel der deutschen Sozialdemokratie bekämpft wurde. Denn die Parteiführung war mit der Revolution von oben, die der Reichstagsmehrheit am 3. Oktober 1918 die Regierungsverantwortung übertrug, einverstanden. Die Parteirechte war sich einig, dass im Falle eines russischen Sieges, die nach dem Krieg notwendige demokratische Wahlrechtsreform ausbleiben, im umgekehrten Falle jedoch die parlamentarisch-demokratische Konstitution die Perspektive sein würde.<sup>20</sup>

Die historische Perspektive der Linken für die Nachkriegszeit konkretisierte sich seit den Balkankriegen bis in die Weltkriegszeit hinein. Das war für die Nationalitäten der multiethnischen Großstaaten die Autonomie im Rahmen der Großstaaten bzw. demokratische Selbstbestimmung und föderaler Zusammenschluss. Für die Industriestaaten galten die staatliche Organisation der Diktatur des Proletariats und die Sozialisierung der Großindustrie, denn die Linke ging nicht von einem Siegfrieden irgendeiner Seite aus.

Auch Lenin sah wie die deutsche Parteirechte in der Kriegswirtschaft das konkrete Modell eines künftig jedoch sozialistisch geführten Staatskapitalismus.<sup>21</sup> Diese Sozialismus-Konzepte der beiden gegensätzlichen Hauptrichtungen der Sozialdemokratie müssen aus der Zeit heraus beurteilt werden und nicht aus dem Blickwinkel der Erfahrungen mit der Zentralarbeitsgemeinschaft und dem Sozialabbau der Nachkriegszeit. Der unversöhnliche Gegensatz zwischen beiden sozialdemokratischen Richtungen besteht in der Illusion einer vermeintlichen nationalen Klassensolidarität auf der rechten und deren totale Verneinung auf der linken Seite.

Nationaler Sozialismus auf der einen und kommunistische Diktatur des Proletariats auf der anderen Seite waren damit neben dem parlamentarisch organisierten Monopolkapitalismus des Westens zwei reale gesellschaftspolitische Alternativen. Die konkreten Bedingungen der

---

<sup>19</sup> Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie. In: RLGW, Bd. 4, Berlin 2000, S. 62; Dies.: Was will der Spartakusbund?, ebenda.S. 441.

<sup>20</sup> Hartmut Henicke: Sozis, Demokratie und Deutsches Kaiserreich. In: Basisdemokratie und Arbeiterbewegung. Günter Benser zum 80. Geburtstag, Rainer Holze, Siegfried Prokop (Hrsg.), Berlin 2012, S. 91 ff.

<sup>21</sup> Lenin: Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll. In: LW 25, S. 369.

Zwischenkriegszeit schufen in Deutschland als Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise mit der NS-Diktatur die Synthese beider Konzepte. In Russland scheiterte Lenins Konzept an den ausbleibenden radikalen europäischen Umgestaltungen.

Welche gesellschaftspolitische Alternative zum Krieg und Zukunftsperspektive sahen die Pazifisten? Das Diskussionsangebot des 14. Weltfriedenskongresses in Luzern im September 1905 an die Gewerkschaften, sich über den Ausbau der internationalen Vernetzung, das unter Strafe gestellte Verbot der Ausschreibung und Zeichnung von Kriegsanleihen, Schiedsgerichte, „rücksichtslosen“ Kampf gegen koloniale Kapitalgesellschaften, Demokratisierung, Friedenserziehung und Beendigung des Wettrüstens zu verständigen, entsprach keinem naiven Pazifismus. Wenn die deutsche „Friedenswarte“ 1906 dennoch zu dem Schluss kam, dass eine Verständigung mit der Sozialdemokratie wegen ihrer materialistischen Geschichtsauffassung schwer sein würde, diese aber einen schweren Fehler begeht, wenn sie der Mehrheit des Bürgertums Kriegsinteresse unterstelle, was zweifelsfrei nur auf das Großkapital zuträfe, kann von grundsätzlichem Dissens keine Rede sein. Die „Friedenswarte“ schrieb der Sozialdemokratie ins Stammbuch, dass sie zur Realisierung ihrer Ziele gezwungen sei, auf die Mittelschicht, Intelligenz, Beamtschaft, das Gewerbe und die mittlere Industrie zuzugehen.<sup>22</sup> Die Internationalen Sozialistenkongresse gingen insofern darauf ein, als dass sie die Schiedsgerichtsforderung mit in ihren Forderungskatalog einbezogen.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass der Kapitalismus mit dem Imperialismus gerade erst damit begann, die Welt vollständig zu erschließen, dieser Gesellschaft somit technologisch, wirtschaftspolitisch wie strukturell nicht nur der Logik nach, sondern praktisch noch erhebliche Wachstumspotenziale zur Verfügung standen, stellt sich die Frage nach dem Grund der sich in der Stuttgarter Resolution reflektierenden verkürzten Revolutionsperspektive. Auf Seiten der Linken war es weniger die Überzeugung von der bereits erreichten Entwicklungsgrenze des imperialistischen Kapitalismus als vielmehr der vorausgesehene Kataklysmus, der den Menschen ein derartiges Maß an Leid zufügen würde, dass diese von sich aus die Alternative in einer anderen gesellschaftlichen Organisationsform erkennen würden. Die Unerträglichkeit des Leids in Form existentieller Bedrohung wurde damit in ihren Augen zum eigentlichen Revolutionskatalysator, nicht primär die objektive Reife der Produktivkräfte. Dieselbe Sichtweise veranlasste die Pazifisten, das Bündnis mit der Arbeiterbewegung zu suchen.

### **Drittens: Kriegsinzenierung und Vaterlandsverteidigung**

Meiner Ansicht nach war die Juli-Krise weniger der Versuch einer Krisenbewältigung als vielmehr der Versuch, diese Krisenbewältigung zu vermeiden. Ersterer Eindruck entsteht nur, weil sich das Treiben der im Hintergrund wirkenden Fraktion der Falken quellenmäßig schwieriger

---

<sup>22</sup> Friedenswarte, Heft 9, September 1906, S. 163 f.



nachweisen lässt als das der Tauben in den Kabinettpapieren. Fragwürdig ist, weshalb kein Militärhistoriker bisher seriös die Hypothese eines deutschen Präventivkrieges gestützt oder verworfen hat. Lenin bescheinigte der deutschen Bourgeoisie „den Angriff zu einem Zeitpunkt... der ihr für die Ausnutzung ihrer letzten Errungenschaften in der Kriegstechnik am günstigsten erschien“<sup>23</sup> und meinte damit den Zeitpunkt vor der Einführung des großen Militärprogramms Russlands. Diesbezüglich findet sich schon 1887 bei Friedrich Engels der bemerkenswerte Hinweis auf die Verselbständigung des Wettrüstens als Codierung des Weltkrieges. Das Wettüsten würde jenen Point of no Return erreichen, da eine der beteiligten Seiten, zu einem für sie günstigen Zeitpunkt das Ende mit Schrecken dem Schrecken ohne Ende vorzieht.<sup>24</sup>

Der Kriegszeitpunkt wurde aber auch durch außenpolitische Sachzwänge bestimmt. Mit den Balkankriegen und Serbiens Dominanz in der Region veränderte sich schlagartig die weltpolitische Situation. Zum einen wurde Serbien zum Katalysator des weiteren Zerfalls des wichtigsten deutschen Verbündeten und damit selbst zum attraktivsten Partner der Entente. Zum anderen war mit der veränderten politischen Situation auf dem Balkan und der unmittelbaren Einflussnahme Russlands auf Serbien der deutsche handelspolitische Expansionsweg per Schiene nach Haidar Pascha, Anatolien und weiter gefährdet.

Das Attentat von Sarajevo, egal von wem es inszeniert wurde, ist als Tat einer von Belgrad gesteuerten Terroraktion unglaublich. Warum hinterfragt das nur ein Filmregisseur?<sup>25</sup> Die Gemengelage der Interessen, mit der Person Franz Ferdinands, mit Ausnahme von Serbien in allen anderen kriegsbeteiligten Staaten elementare Probleme loszuwerden, führt die Belgrader Verschwörung geradezu ad absurdum und wirft die Frage auf, weshalb die serbische Presse die antiösterreichische Stimmung noch anheizte, anstatt die Situation differenziert zu analysieren und den Hintermännern des Terroraktes den Prozess zu machen? Auch die deutsch-österreichisch-magyarische Kriegspartei stand unter Zeitdruck, denn sie hätte nach dem Ableben ihres greisen Kaisers die von Franz Ferdinand favorisierte serbische Autonomie im Staatsverband der Donaumonarchie akzeptieren müssen. Das Serbenproblem hätte sich dadurch möglicherweise entschärfen lassen, was auch nicht im Interesse der Kriegsparteien der Entente lag, die Russland eher ermunterten als zurück hielten.

Noch bedeutsamer ist die Deutlichkeit Paul Rohrbachs, der den nichtgewollten aber „aufgezwungenen“ Krieg als „Geschenk“ bezeichnete. „Nichts wäre gefährlicher, furchtbarer für uns gewesen, als wenn der Krieg diesmal vorübergegangen wäre, um uns zwei Jahre später, wenn die Gegner ihre Kräfte verdoppelt hatten, umso sicherer zu treffen.“<sup>26</sup> Wenn dem so war, ist dann anzunehmen, die Kriegspartei hätte das Schicksal Deutschlands einem zufälligen Attentat überlassen?

---

<sup>23</sup> Lenin: Die Aufgaben der revolutionären Sozialdemokratie im europäischen Krieg. In: LW 21, S. 3.

<sup>24</sup> Friedrich Engels: Einleitung zu Borkheims „Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten“. In: MEW 21, 1887, S. 351.

<sup>25</sup> Das Attentat. Sarajevo 1914, ZDF, 28.04.2014, 20.15

<sup>26</sup> Paul Rohrbach: Der Krieg und die deutsche Politik, Dresden 1914, S. V.

Was wog schwerer, die grundsätzlichen geostrategischen Interessen der Gegner Deutschlands und die kurze Lebensperspektive des österreichischen Kaisers oder das kleine Zeitfenster militärischer deutscher Überlegenheit? So wie sich die Entente des österreichischen Nachrichtenoffiziers Alfred Redl bediente, ist davon auszugehen, dass auch die Dunkelmänner der Mittelmächte wie der Entente im Interesse ihrer Kriegstreiber operierten und das Attentat von ihnen ausging. Außerdem gab es Gesellschaftskreise, die bereits vor dem Ultimatum die Konsequenzen des Attentats kannten. Denn Russland zog ja seit dem 24. Juli seine Fonds in Höhe von 100 Milliarden Rubel aus deutschen Banken ab.<sup>27</sup>

Victor Naumanns Vorstoß am 1. Juli 1914 bei Alexander Hoyos in Wien, offensichtlich im Auftrag des Leiters der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes, Wilhelm von Stumm, bleibt ein schwerwiegendes Indiz für diese Hintergrundregie. Im Zusammenhang mit dem österreichischen Ultimatum erklärte die deutsche Presse, dass im Falle der Einmischung einer dritten Macht, der Bündnisfall gegeben wäre. Das war pure Heuchelei, weil Serbien seit der Annexion Bosniens 1909 gegenüber den Großmächten rechenschaftspflichtig war. Das widerlegt de facto die Lüge, dass die Wilhelmstraße den Krieg lokalisieren wollte. Generalstabschef Moltke drängte den Kanzler schon am 29. Juli zur Mobilmachung. Der lehnte ab, weil die Russen anfangen sollten.

Der wohl verantwortungsloseste Coup war die Verbreitung der Information der Mobilmachung im gesamten deutschen Heer und der Flotte durch das Extrablatt des Berliner „Lokal-Anzeigers“ am 30. Juli, die eine halbe Stunde später in einem zweiten Extrablatt dementiert wurde. War das die Weltminute der Urkatastrophe? Auch die patriotischen Kundgebungen Unter den Linden waren inszeniert und spiegelten keineswegs die tatsächliche Volksstimmung. Theodor Wolff schrieb dazu in seinem Tagebuch: „Irgendjemand muss sie führen, denn sie oder andere Manifestanten, waren sogar in der Viktoriastraße, vor der italienischen Botschaft, deren Adresse bis dahin wohl keiner von ihnen gekannt hatte.“<sup>28</sup> Die moderne Zeit der Manipulation der Regierungsentscheidungen und der öffentlichen Meinung war angebrochen. Monarchen und Regierungschefs können gestürzt und ermordet werden. Nachrichtendienste und Dunkelmännernetzwerke blieben, wurden Instrument der Politik, entziehen sich bis heute jeder Kontrolle und in den Quellen auch weitgehend dem kritischen Hinterfragen des Historikers.

Die Einbeziehung der Sozialdemokratie wird als Teil der Kriegsinszenierung allerdings überschätzt. Gewiss wurde auch die Partei von den Ereignissen überrumpelt, und war ohne Herrschaftswissen nicht im Stande, die Wirklichkeit zu beurteilen. Nicht einmal Rosa Luxemburg kam

---

<sup>27</sup> Sean McMeekin: Juli 1914. Der Countdown in den Krieg, Berlin, München 2014, S. 231.

<sup>28</sup> Theodor Wolff: Tagebücher 1914-1919. Der Erste Weltkrieg und die Entstehung der Weimarer Republik in Tagebüchern, Leitartikeln und Briefen des Chefredakteurs am „Berliner Tageblatt“ und Mitbegründers der „Deutschen Demokratischen Partei“, Boppard am Rhein 1984, Teil 1, S.

auf den Gedanken, der deutschen Reichsleitung während der Julikrise Kriegsinteresse zuzuschreiben.<sup>29</sup> Partei- und Fraktionsvorstand verhielten sich aber in ihrer Gesamtheit bis zum 4. August keineswegs so systemkonform, wie dies bisher in der Literatur reflektiert wurde und die historische Verantwortung der deutschen Sozialdemokraten für die Befürwortung der Kriegskredite war auch nicht so hoch, wie das wegen der Führungsrolle der Partei innerhalb der II. Internationale bisher veranschlagt wurde.

Als am 26. Juli Hugo Haase, Otto Braun vom preußischen Innenminister und Albert Südekum am 28. vom Reichskanzler empfangen wurden, war das ohne Frage Ausdruck der neuen manipulierenden politischen Kultur der nationalen Solidarität unter Kriegsbedingungen. Viel relevanter aber ist die Frage, weshalb sich die sozialistischen Parteien auf der Sitzung ihres Internationalen Büros in Brüssel am 29., 30. Juli nicht einmal zur kollektiven Stimmenthaltung aufraffen konnten und stattdessen eine konkrete Stellungnahme einem vorgezogenen Kongress in Paris überließen, der nie stattfinden würde?

Immerhin gab es seitens der Teilnehmer der Bürositzung die öffentliche Erklärung von Hugo Haase am Abend des ersten Sitzungstages, dass sich Deutschland im Falle der russischen Mobilmachung zurückhalten müsse. Demgegenüber bescheinigte der legendäre Jaurès der französischen und englischen Regierung eine bewundernswerte Friedensvermittlung.<sup>30</sup> In der gemeinsamen Beratung von Partei- und Fraktionsvorstand über die Position der Partei zu den Kriegskrediten am 31. Juli hielten sogar Eduard David, Richard Fischer, Hermann Molkenbuhr, und Philipp Scheidemann eine deutsch-französische Stimmenthaltung noch für eine Option für den noch nicht eingetretenen Kriegsfall. Robert Wengels war der Einzige, der die Verweigerung konsequent vertrat.

Um sich mit den französischen Genossen abzustimmen, sandte die Fraktion Hermann Müller nach Paris, der dort am 1. August eintraf. Müller erklärte, die Kriegskredite zu verweigern oder sich der Stimme zu enthalten, wenn letzteres Wille der Fraktionsmehrheit sei. Diese Information entsprach so nicht der Wahrheit und war offenbar als goldene Brücke gedacht, um die Stimmenthaltsamen in beiden Parteien zu stärken. Die französischen Genossen verweigerten jedoch dieses Verhalten im Falle eines deutschen Angriffs kategorisch. Müllers letzter Versuch, die französischen Parteifreunde umzustimmen, der Hinweis auf die Irrelevanz und Nichtdurchschaubarkeit des Angriffs als Kriterium für die Stellung zum Krieg, blieb erfolglos. Die Weichenstellung für den Zusammenbruch der II. Internationale wurde somit nicht am 4. August von der deutschen Sozialdemokratie, sondern von den französischen Sozialisten schon am 29. Juli vorgenommen und am 1. August noch einmal bekräftigt.

---

<sup>29</sup> Rosa Luxemburg: Der Friede, der Dreibund und wir. In: Rosa Luxemburg. Gesammelte Werke, Band 3, Berlin 2003, S. 477.

<sup>30</sup> Jules Umbert-Droz: Der Krieg und die Internationale. Die Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal, Wien u.a. 1964, S. 39.

Am 3. August diskutierten Parteivorstand und Fraktion in zweiter Runde das Abstimmungsverhalten der Partei. Und selbst als am Vormittag dieses Tages der Kanzler die Vertreter aller Fraktionen über den Inhalt seiner Regierungserklärung am kommenden Tag informierte und sich deren Zustimmung versichern wollte, lehnten Haase und Scheidemann diese ab, weil darüber in den Führungsgremien der Partei noch nicht entschieden war. Als der Partei,- und Fraktionsvorsitzende aus der Wilhelmstraße in die unterbrochene Sitzung zurückkehrten, traf auch Hermann Müller aus Paris ein. Sein Bericht gab dann den Ausschlag, der Argumentation Eduard Davids zu folgen. Vierzehn Gegner der Zustimmung blieben in der Minderheit.<sup>31</sup>

Der originäre Grund für das Ende der II. Internationale war die Unfähigkeit, das globale systemische Wesen des Imperialismus im Gewirr einer sich immer rasanter qualitativ transformierenden Welt zu erkennen. Für die deutsche Sozialdemokratie gilt, dass sie dem Konzept der nationalen Solidarität der herrschenden Eliten aufsaß und darin guten Glaubens, die Grundlage eines nationalen Sozialismus sahen und deshalb dem Klassenkampf abschworen. Inwieweit das wider besseren Wissens, in Zusammenarbeit mit den Zensurbehörden geschah, ist bisher nicht untersucht worden. Nur dann könne von direkter aktiver regierungsamtlicher Beeinflussung und Einbeziehung der Sozialdemokratie ausgegangen werden. Solange das nicht beweisbar ist, muss das Einschwenken der Fraktionsmehrheit auf Regierungskurs als Überzeugungstat gewertet werden.

#### Verwendete Literatur

- Otto Bauer: Der Balkankrieg und die deutsche Weltpolitik [1912], Paderborn, o. D.  
Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt am Main 1999.  
Julius Braunthal: Geschichte der Internationale, Band 1 und 2, Berlin, Bonn 1978  
Christopher Clark: Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, München 2013.  
John Darwin: Das unvollendete Weltreich. Aufstieg und Niedergang des britischen Empires 1600-1997, Frankfurt am Main 2013.  
Bernhard Degen u.a. (Hg.): Gegen den Krieg. Der Basler Friedenskongress 1912 und seine Aktualität, Beiträge zur Basler Geschichte, Basel 2012.  
Jules Umberto-Droz: Der Krieg und die Internationale. Die Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal, Wien u.a. 1964.  
Jaques Droz (Hg.): Geschichte des Sozialismus, Band IX. Von 1875 bis 1918. Sozialismus, Zweite Internationale und Erster Weltkrieg, Frankfurt am Main, Berlin, Wien 1976.  
Hans Fenske: Der Anfang vom Ende des alten Europa. Die alliierte Verweigerung von Friedensgesprächen 1914-1919, München 2013.  
Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 2009.  
Eric J. Hobsbawm: Das imperiale Zeitalter 1875-1914, Frankfurt am Main 1996.  
Eric J. Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Frankfurt am Main 1999.  
Eric J. Hobsbawm: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt am Main 2005.  
Gerd Krumeich: Juli 1914. Eine Bilanz, Paderborn, München, Wien, Zürich 2014.

---

<sup>31</sup> Karlheinz Schonauer: Protokoll eines gewollten Krieges, Berlin 2012, S. 418 f.

Dirk van Laak: Über alles in der Welt. Deutscher Imperialismus im 19. und 20. Jahrhundert, München 2005.

W. I. Lenin: Werke, Band 21-27, Berlin 1960-1975.

Domenico Losurdo: Kampf um Geschichte. Der historische Revisionismus und seine Mythen, Köln 2007.

Rosa Luxemburg. Gesammelte Werke, Band 3 und 4, Berlin 2003, 2000.

Christof Mauch, Kiran Klaus Patel (Hg.): Wettlauf um die Moderne. Die USA und Deutschland 1890 bis heute, München 2008.

Sean McMeekin: Juli 1914. Der Countdown in den Krieg, Berlin 2014.

Montgomery: Kriegsgeschichte. Weltgeschichte der Schlachten und Kriegszüge, Frankfurt am Main 1972.

Paul Rohrbach: Der Krieg und die deutsche Politik, Dresden 1914.

Karlheinz Schonauer: 1914. Protokoll eines gewollten Krieges, Berlin 2012.

Leo Trotzki: Die Balkankriege, Essen 1996.

Leo Trotzki: Europa im Krieg, Essen 1998.

### Gedruckte Quellen

Friedenswarte, Heft 9, September 1906.

Sozialistische Monatshefte, 1912-1914.